

Gegen Diktatur und Teilung - die gesamtdeutsche Bedeutung von Opposition und Widerstand in der DDR

I. Der kommunistische Teilstaat in Deutschland

Nach dem alliierten Sieg über das Deutsche Reich 1945 und der Befreiung von der nationalsozialistischen Diktatur, verlor Deutschland seine Souveränität und war den vier Besatzungsmächten bedingungslos ausgeliefert. Diese einigten sich auf vier Besatzungszonen und übernahmen die oberste Regierungsgewalt. Schon auf der Potsdamer Konferenz 1945 zeigte sich, die Westalliierten und die Sowjetunion konnten sich nicht auf die innere Ordnung des demokratischen Neuanfangs in Deutschland verständigen. Die Rekonstruktion deutscher Staatlichkeit begann in den jeweiligen Besatzungszonen. Die beiden Teile Deutschlands wurden in die Wert- und Ordnungsvorstellungen der jeweiligen Besatzungsmächte eingebunden. 1947 begann der Aufbau zweier gegensätzlicher Staatsordnungen auf beiden Seiten der Zonengrenze, 1949 wurden daraus zwei deutsche Staaten. Sowohl die Bundesrepublik als auch die DDR verstanden sich als Kernstaaten für das ganze Land. Die Verfassung der DDR begann mit dem Satz: „Deutschland ist eine unteilbare demokratische Republik.“¹ Für 40 Jahre wurde die Teilung Deutschlands zum Schicksal für seine Bewohner.

Die Etablierung der kommunistischen Diktatur in der sowjetischen Besatzungszone war eine sowjetische Entscheidung. Nach dem Vorbild des „polnischen Modells“ - der Vormarsch der sowjetischen Armee wurde kombiniert mit der Etablierung einer provisorischen, von den Kommunisten dominierten Regierung - entschied Stalin 1945, dass der Aufbau einer „demokratischen Staatsordnung“ in seiner Besatzungszone von „Moskau Kadern“ der KPD durchzuführen sei. Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht bauten die KPD wieder auf, bildeten einen „Block der antifaschistischen Parteien“ und organisierten eine neue Verwaltung auf Orts- und Landesebene. Die „Moskau Kader“ übten eine Doppelfunktion aus, sie waren Teil der sowjetischen Besatzungsverwaltung und Repräsentanten eines neuen deutschen Staates. In der sowjetischen

¹ Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, vierte Auflage, Berlin (Ost) 1963, S. 11.

Besatzungszone setzte die Transformationen in einer Gesellschaft sowjetischen Typs 1945/1946 ein: Im politischen System wurde der Führungsanspruch der Kommunisten durchgesetzt, die sozialdemokratische Partei zur Fusion mit der KPD zur SED gezwungen, eine Bodenreform ohne Entschädigung durchgeführt, die Großindustrie verstaatlicht und das ideologische Meinungsmonopol der Kommunisten etabliert.

Die Bundesrepublik erkannte die DDR nicht als legitimen deutschen Staat an. Die Westintegration verband die Regierung Konrad Adenauer mit der Hoffnung, westliche Stärke gegenüber der Sowjetunion würde zu einem Erfolg bei den Viermächte-Verhandlungen über Deutschland führen. Die Vereinigung sollte auf der Grundlage freier Wahlen in ganz Deutschland erfolgen. Die Sowjetunion lehnte diesen Weg ab und befestigte stattdessen die totalitäre Macht der SED.

Die Hoffnung auf eine deutsche Vereinigung schwand endgültig nach dem Mauerbau in Berlin 1961. Das atomare Patt zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion erzwangen in Europa die Regelungen des Status Quo und damit auch die der deutschen Teilung. Zwei Staaten, unterschiedliche Gesellschaftssysteme und eingebunden in die zwei großen weltpolitischen Lager die Europa teilten, das schien Deutschlands Zukunft zu sein.

II. Widerstand, Opposition und Flucht

Die Geschichte des SED-Staates ist zugleich die von Widerstand und Opposition, sie hat aber von Beginn an auch eine gesamtdeutsche Dimension. Der frühere Widerstand geschah vielfach aus einer doppelten Perspektive. Zum einen wird die Tradition des Widerstandes gegen die nationalsozialistische Diktatur bewusst aufgenommen und zum zweiten geschieht er im Blick auf die demokratische Entwicklung in der Bundesrepublik. Opposition und Widerstand gegen die kommunistische Diktatur in der DDR waren eine politische und kulturelle Klammer in der Teilungsgeschichte. Eine integrale Darstellung der deutschen Nachkriegs- und Teilungsgeschichte ist ohne Einbeziehung dieses Themas nicht möglich. Die Texte und literarischen Zeugnisse der Opposition erschienen in der Bundesrepublik, das Schicksal der politischen Gefangenen war ein Thema der westdeutschen Öffentlichkeit und viele der Aktivisten dieses Widerstandes retteten sich durch Flucht in die Bundesrepublik vor Verhaftungen oder wurden später aus Gefängnissen in diese entlassen, genauer abgeschoben.

Die Geschichte von Opposition und Widerstand lässt sich holzschnittartig in zwei Perioden untergliedern:

Die Zeit von 1945 bis 1959, als die vier Mächte noch über die Lösung des Deutschland-Problems verhandelten. Die Hoffnung auf die Einheit starb mit dem Bau der Berliner Mauer 1961 und damit verlor die Opposition in der DDR ihre gesamtdeutsche Perspektive.

Die 2. Periode dieser Geschichte begann nach dem Mauerbau, die bis 1989 dauern sollte und in der sich widerständiges Verhalten auf die Reform der Verhältnisse in der DDR konzentrierte.

Auf beiden Seiten der befestigten innerdeutschen Grenze begannen sich vor allem die intellektuellen Eliten daran zu gewöhnen, dass die Zweistaatlichkeit der Preis für Hitlers Krieg ist. An die offene deutsche Frage erinnerten aber immer wieder die Flüchtlinge aus der DDR.

Die befestigte Grenze gegenüber der Bundesrepublik und die Mauer in Berlin waren unübersehbare Merkmale des Staates DDR. Die Befestigung richtete sich gegen die eigene Bevölkerung und sollte die Flucht aus dem „Arbeiter- und Bauernstaat“ verhindern. Die ersten beiden, die staatliche Existenz bedrohenden Fluchtbewegungen löste der „sozialistische Aufbau“ 1952/53 und 1960/61 aus. Die letzte im Sommer 1989 läutete das Ende des SED-Staates ein. Für viele Menschen war es die individuelle Lösung, um sich der kommunistischen Diktatur zu entziehen. Die Wanderungsbewegung von Ost nach West bezifferte sich bis Juli 1989 auf circa 4 Millionen Menschen. Diese Fluchtbewegungen sind Ausdruck der Spezifik der deutschen Teilung. Die Flüchtenden gingen von Deutschland nach Deutschland und nicht in das Exil. Widerstand und Opposition in der DDR lassen sich ohne Einbeziehung von Flucht und Ausreise nicht diskutieren.

Die Übergänge zwischen Widerstand und Opposition sind in einer Diktatur fließend. Widerstand zielt auf den Sturz des Regimes, geschieht in der Regel konspirativ und ist bereit zum Bruch der Gesetze der Diktatur. In Deutschland ist Oberst Graf Schenk von Stauffenberg, der 1944 das Attentat auf Hitler verübte, zum Symbol des Widerstandes gegen die nationalsozialistische Diktatur geworden. Opposition dagegen setzt an punktuellen Maßnahmen des Regimes an und findet ihren Ausdruck in Bittschriften, Eingaben und öffentlichen Protesten. Für Künstler und Intellektuelle war die Selbstbestimmung über ihr Werk oder die Behauptung der geistigen Freiheit, die von der vorgegebenen Linie abwich, der erste Schritt in die Opposition. Das galt auch für

Mitglieder der kommunistischen Partei. Generell lässt sich sagen, dass die Form des Umgangs der Diktatur mit „ihren Menschen“ in vielen Fällen „ihre Gegner und deren Widerstand selbst geschaffen hat.“²

Die Kommunisten beanspruchten als Weltanschauungspartei das geistige Monopol in ihren Gesellschaftern, daher betrachteten sie die christlichen Kirchen im Grundsatz als Feinde. In der DDR war es besonders die evangelische Kirche, die oft gegen Maßnahmen des Regimes protestierte und durch ihre Bindungen an die westdeutschen Landeskirchen eine wichtige innerdeutsche Klammer während der Teilung darstellte. Will man die Zielsetzung von Opposition und Widerstand generalisieren, so eignet sich am besten die Losung, mit der die Bauarbeiter der Berliner Stalinallee am 16.6.1953 ihren Streik begannen: „Wir wollen freie Menschen sein!“³

III. Volksaufstand und Entstalinisierung

Ein besonderes Kapitel der Oppositionsgeschichte schrieben in der ersten Periode Oberschüler und Studenten, die sich in informellen Zirkeln trafen, um sich gemeinsam gegen die ideologische Indoktrination in den Schulen und an den Universitäten zu wehren. Ein frühes Beispiel war der Widerstand von Berliner Studenten 1948/49 gegen die kommunistische Gleichschaltung der Berliner Universität. Sie gingen nach West-Berlin und hier entstand mit amerikanischer Unterstützung die Freie Universität Berlin. West-Berlin spielte bis 1961 durch seine offene innerstädtische Grenze eine Sonderrolle für die Opposition in der DDR. Von hier aus fand westliche Propaganda ihren Weg in die DDR und wurde illegal im SED-Staat verbreitet. Hier hatten die Ostbüros der westdeutschen Parteien Dienststellen und hier wurden Informationen über die DDR gesammelt.

An den Universitäten der DDR gab es bis 1959 „Widerstandsgruppen unterschiedlicher Größe und Lebensdauer (knapp 1100 Verhaftungen von Studenten und Hochschullehrern von 1945 bis 1962). Zentren des Widerstands bis etwa 1960 waren

² Thomas Ammer: Opposition und Widerstand – Von den Anfängen bis zum Mauerbau 1961, in: Hans-Joachim Veen (Hrsg.): Lexikon Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur, Berlin, München, S. 20.

³ Vgl. Gerhard Beier: Wir wollen freie Menschen sein, der 17.6.1953: Bauarbeiter gingen voran, Frankfurt/Main, 1993.

auch Oberschulen (über 30 Gruppen von 1945 bis 1960, circa 200 Verhaftungen).“⁴ Stellvertretend für alle anderen sei hier an Wolfgang Natonek erinnert, der sich als Liberaler 1949 im Studentenrat der Leipziger Universität der kommunistischen Gleichschaltung widersetzte und sich an Plakataktionen gegen die sowjetischen Militärtribunale und ihre Urteile beteiligte.⁵ Er wurde zu 20 Jahren Haft verurteilt.

1952 unterbreitete Stalin den Westmächten das Angebot Deutschland zu neutralisieren und es auf der Basis von freien Wahlen wieder zu vereinigen. Mit diesem Vorschlag versuchte er die Westintegration der Bundesrepublik und ihre Integration mit eigenen Streitkräften in die NATO zu verhindern. Die Westmächte lehnten ab. Der sowjetische Diktator erlaubte nun der SED auf ihrer 2. Parteikonferenz im Juli, den Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in der DDR zu proklamieren. Die ideologische Gleichschaltung traf auch die Kirchen, die SED versuchte ihren Einfluss auf die Jugend zu brechen. Es begann die Kollektivierung der Landwirtschaft und des gewerblichen Mittelstandes. Bevorzugtes Mittel um diese Transformation durchzusetzen, war der Einsatz der Justiz. Die Gefängnisse füllten sich und eine Fluchtwelle aus der DDR setzte ein. Im Juni 1953 nach Stalins Tod korrigierte die Moskauer Führung diesen Kurs der SED. Ihrer Führung wurde befohlen, bei der Bekanntgabe des "Neuen Kurses" offen ihre Fehler einzugestehen. Kurz zuvor waren für die Arbeiter die Normen erhöht worden. Dieser Schritt hatte für viele von ihnen eine Lohnkürzung zur Folge. Die öffentliche Selbstkritik der SED wirkte wie ein Signal. Die Bauarbeiter begannen ihren Kampf gegen die Lohnsenkung. Die Regierung lehnte Verhandlungen ab und es kam zum Streik. Der Lohnkampf der Berliner Bauarbeiter wurde schnell politisiert und entwickelte sich am 17. Juni zu einem Volksaufstand in der DDR. Die sowjetische Besatzungsmacht entschied, diesen Aufstand - seine Ziele waren unmissverständlich: „weg mit den Zonengrenzen“, „weg mit der SED-Spitze“- durch den Ausnahmezustand im Keim zu ersticken. Bis 1989 war dieser Volksaufstand gegen die kommunistische Diktatur eine der zahlreichen gescheiterten deutschen Freiheitsbewegungen. Bewundernswert, tragisch und vergeblich. Die Erforschung der Geschichte des Aufstandes hat gezeigt, dass er keineswegs so vergeblich war, wie es den Anschein hatte und das die Verhafteten und Toten nahe legten. Die Normenerhöhung wurde zurückgenommen und die sowjetische Besatzungsmacht änderte ihre Politik.

⁴ Thomas Ammer, a.a.O., S. 23.

⁵ Vgl. Andreas Hilger/Nikita Petrow: „im Namen der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken“, sowjetische Militärjustiz in der SBZ/ DDR von 1945 bis 1955, in: Arsenij Roginskij u.a.(Hrsg.): " Erschossen In Moskau...", Berlin 2005, S. 19-36.

Die Fernwirkungen dieses ersten Volksaufstandes im sowjetischen Imperium lassen sich in fünf Punkten zusammenfassen:

1. Die Kommunisten mussten danach die Bedürfnisse und Interessen ihres Volkes stärker berücksichtigen. Es hatte gezeigt, es konnte sich aus seiner Rolle als gefühlige Masse emanzipieren.
2. Der Anspruch der Bundesrepublik, der einzige legitime deutsche Staat zu sein, der auf der Akzeptanz seiner Bürger beruhte, war durch das Vorgehen der Sowjetunion international gestärkt worden.
3. Für das Ansehen der Deutschen in der Welt veränderte diese Freiheitsbewegung das Bild von ihnen. Es hob sich positiv von dem Deutschen ab, den die Welt noch nicht vergessen hatte, den erbarmungslosen Eroberer und Unterdrücker anderer Völker.
4. Die Sowjetunion verzichtete nach dem 17. Juni auf Reparationen, leistete Lebensmittelhilfe und begann die DDR als zweiten deutschen Staat auch international zu etablieren.
5. Das sowjetische Eingreifen war für die Deutschen eine bittere Lektion, aus eigener Kraft konnten sie die Einheit gegen die Sowjetunion nicht wiedergewinnen.

1955 wurde die DDR formal souverän und 1956 erschütterte der XX. Parteitag der KPdSU die SED.

Die sowjetische Besatzungspolitik setzte nach 1945 einen rigiden Elitenwechsel in ihrer Zone durch. Die SED ermöglichte der Jugend, deren von den Nationalsozialisten geformtes Weltbild zerbrochen war, einen geistigen und moralischen Neuanfang, verbunden mit dem eigenen sozialen Aufstieg. Aus fanatischen Nationalsozialisten wurden vielfach gläubige Stalinisten. Der XX. Parteitag der sowjetischen Kommunisten stürzte 1956 ihr Idol und führte zu einer Glaubenskrise in vielen kommunistischen Parteien. In der DDR rebellierten junge Parteiintellektuelle, sie verlangten den Rücktritt von Walter Ulbricht, des führenden Stalinisten der DDR, als Parteiführer. Die Veränderungen in Polen im Herbst 1956 erhöhten den Druck auf Ulbricht und der Philosoph Wolfgang Harich schrieb eine Plattform; in der er die Demokratisierung der SED und eine enge Zusammenarbeit mit der SPD in der Bundesrepublik forderte. Sein Ziel war eine gemeinsame sozialistische Politik, um die deutsche Spaltung zu überwinden. Die Niederschlagung der Ungarischen Revolution gab Ulbricht die Chance

seine innerparteilichen Widersacher auszuschalten. Harich wurde in einem Schauprozess zu einer langjährigen Zuchthausstrafe verurteilt. Eine Reihe seiner Mitstreiter floh in die Bundesrepublik, um der Verhaftung zu entgehen.

IV Die Hoffnung auf den Reformkommunismus

Die Kollektivierung der Landwirtschaft 1960/61 löste die zweite Fluchtwelle aus. Um die Massenflucht zu unterbinden erlaubte die sowjetische Führung in Abstimmung mit den "Bruderstaaten" im August 1961 Berlin durch eine Mauer endgültig zu teilen. Die deutsche Teilung bekam ihr Symbol aus Beton und Stacheldraht. Der Zwang zur Anpassung an die Diktatur in der DDR wuchs und schien alternativlos.

Die Sicherung der DDR als Staat verstand der Physiker Robert Havemann als Chance, um dagegen mit der Entstalinisierung ernsthaft zu beginnen. 1963/64 hielt er an der Humboldt-Universität in Berlin Vorlesungen unter dem unverfänglichen Titel: „Naturwissenschaft und Weltanschauung“. Er demonstrierte, dass die marxistisch-leninistische Philosophie unfähig ist, das moderne physikalische Weltbild zu interpretieren. Er forderte nicht nur die Freiheit der naturwissenschaftlichen Forschung, er verlangte die sozialistische Gesellschaft auf Freiheit und Demokratie zu gründen.⁶ Havemann stand mit seinem Vorstoß nicht allein, in der DDR erschienen kritische Romane und wurden eben solche Filme gedreht. Der Liedermacher Wolf Biermann gab seine ersten Konzerte. Es war die Zeit als in der Tschechoslowakei die Kafka-Konferenz stattfand. 1964 verlor Havemann seine Professur und wurde aus der SED ausgeschlossen.

Die Einheitspartei unterband 1965 die Anzeichen für einen Frühling in Ost-Berlin. Havemann, den 1943 der „Volksgerichtshof“ zum Tode verurteilt hatte, wurde 2006 von der Gedenkstätte YAD VASHEM unter die „Gerechten der Völker“ aufgenommen. Seine Widerstandsgruppe "Europäische Union", der auch Tschechen angehörten, sie zählten zu den 15 Hingerichteten der Gruppe, versteckte jüdische Mitbürger.

⁶ Vgl. Robert Havemann: Dialektik ohne Dogma?, Reinbek 1964.

Mit viel Hoffnung wurde in der DDR der Reformprozess in Prag 1968 verfolgt. Biermann dichtete:

„Der Kommunismus hält wieder im Arme die Freiheit
und macht ihr ein Kind, das lacht,
das Leben wird ohne Büroelephanten
von Ausbeutung frei und Despotenmacht.“

Die tschechoslowakischen Kommunisten schienen mit der Reform von oben den Weg zu zeigen, wie das sowjetische Sozialismusmodell zu verändern ist. Wut und Enttäuschung über den Einmarsch am 21. August, den die SED rückhaltlos unterstützte, waren groß. Für Rudolf Bahro war dieses Datum Anlass für seinen Bruch mit der SED. Er schrieb: „Ich weiß nicht, ob die Verantwortlichen damals gedacht haben, dass sie für diesen 21. August nicht zu bezahlen brauchen. Es kann nicht schaden, wenn Sie wissen, woher die Unversöhnlichkeit kommt, die ihnen in Zukunft immer häufiger die politischen Pläne kreuzen wird. Der Streit wird nicht enden, bis der Herd solcher reaktionären Gewaltakte wie 1968, bis die spätstalinistische Apparatscherrschaft ausgeräumt ist.“⁷In der DDR kam es zu vielfältigen Protesten gegen den Einmarsch. Havemann gab die Hoffnung auf die reformistische Politik noch nicht auf. Er war überzeugt von der Wandlungsfähigkeit des Kommunismus, sogar sich „radikal ändern, wenn erst der Dubceksche Funke in ganz Osteuropa und der UdSSR gezündet haben wird“.⁸ In der Sache zog er 1970 Konsequenzen aus dem sowjetischen Einmarsch und formulierte vier Freiheitsforderungen:

1. die Freiheit der Rede,
2. die Freiheit der Information,
3. die Freiheit der Wahl des Aufenthaltsortes, des Arbeitsplatzes und der Arbeit und
4. die Freiheit der Bildung von Vereinigungen, Organisationen und Parteien.⁹

Havemann verband seine reformkommunistische Opposition mit der Forderung nach Menschen- und Bürgerrechten. Der Glaube an die Reformierbarkeit des sowjetischen Kommunismusmodells schwand, ohne dass er ihn schon aufgab.

⁷ Rudolf Bahro: Der Einmarsch hat mich persönlich betroffen, in: Jiri Pelikan/ Manfred Wilke (Hrsg.): Opposition ohne Hoffnung? Jahrbuch zu Osteuropa 2, Reinbek 1979, S. 138.

⁸ Robert Havemann: Der Sozialismus von morgen, in: derselbe: Berliner Schriften, (Hrsg.) Andreas Mytze, München 1977, S. 21.

⁹ Robert Havemann: Fragen Antworten Fragen. Aus der Biografie eines deutschen Marxisten, München 1970, S. 253ff.

V Das Wendejahr 1976

1973 schien die SED ihr deutschlandpolitisches Ziel endgültig erreicht zu haben: im Grundlagenvertrag erkannte die Bundesrepublik die DDR als zweiten deutschen Staat an. In der DDR wurde die Verfassung geändert und der gesamtdeutsche Bezug gestrichen. 1975 unterzeichneten DDR und Bundesrepublik die Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE). Die deutsche Zweistaatlichkeit war nun international sanktioniert und an der innerdeutschen Grenze installierten die DDR-Grenztruppen Selbstschussanlagen. Michael Gartenschläger, den ein Gericht in Frankfurt/ Oder 1961 wegen seines Widerstandes gegen den Mauerbau zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilte und der 10 Jahre später in die Bundesrepublik entlassen wurde, handelte. Er demontierte im April 1976 ein solches Gerät und präsentierte es der internationalen Öffentlichkeit. Sein nächster Versuch eine solche Anlage zu beschaffen, endete tödlich, er wurde erschossen.

Mit der Unterzeichnung der Schlussakte hatten sich die sozialistischen Staaten verpflichtet, die Menschenrechte und Grundfreiheiten der Bürger zu respektieren. Diese formale Legitimation nutzten in den sozialistischen Staaten Bürgerrechtsinitiativen, um auf die Einhaltung dieser Rechte durch die Staatsmacht zu bestehen. 1976 zeigten sich die ersten Auswirkungen dieser neuen Situation in Polen und der DDR. Im Juni 1976 kam es in Polen zu Streiks der Metallarbeiter, die gewaltsam beendet wurden. Es bildete sich ein Komitee zur Verteidigung der Arbeiter“ (KOR), das für Verhaftete Geld sammelte und die Verteidigung vor Gericht organisierte. Es gelang der polnischen Staatsmacht nicht mehr dieses Komitee zu unterdrücken.

In der DDR verbrannte sich der Pfarrer Oskar Brüsewitz aus Protest gegen den Kommunismus. Die evangelische Kirche half der Staatsmacht die moralische Tragweite der Tat abzuwehren.

Die Spezifik der deutschen Situation zeigte sich in aller Deutlichkeit in der „Riesaer Bürgerinitiative“ zur Ausreise aus der DDR. 33 Bürger der sächsischen Stadt Riesa baten in einer Petition an den SED-Generalsekretär Erich Honecker, unter Berufung auf die KSZE-Schlussakte, um Unterstützung ihrer Bemühungen um Übersiedlung in die Bundesrepublik. Dieser Initiative schlossen sich Bürger aus anderen Städten an, es war die Geburtsstunde der „Ausreisebewegung“, sie blieb unorganisiert virulent bis 1989.

Wer einen Ausreiseantrag gestellt hatte, verlor seinen Arbeitsplatz, riskierte die Verhaftung und wurde gesellschaftlich geächtet.

Im Sommer meldete sich die „Stimme der DDR- Opposition“¹⁰ zu Wort. Havemann legte ein Aktionsprogramm für die Demokratisierung der DDR vor. Die neun Forderungen begannen mit der nach schrittweiser Öffnung der Mauer, es folgte die nach einer Generalamnestie für die politischen Gefangenen, der Aufhebung der strafrechtlichen Bestimmungen über „Hetze“ § 106, des Strafgesetzbuches, die Einführung des Streikrechts, die Zulassung einer unabhängigen Zeitung und unabhängigen Kandidaten bei den Wahlen und gipfelte in dem Verlangen nach Zulassung einer Oppositionspartei. Die SED begegnete der Entwicklung präventiv:

1. Biermann wurde ausgebürgert,
2. Havemann wurde zu Hausarrest verurteilt und
3. Jugendliche die gegen die Ausbürgerung Biermanns protestierten wurden verhaftet.

Erstmals regte sich Opposition unter Schriftstellern und Künstlern, es gab eine Petition an Honecker, in der um die Rücknahme der Ausbürgerung gebeten wurde. Ein vergeblicher Wunsch, die Folge war ein repressives Klima und der Exodus von Künstlern und Schriftstellern. Die von der SED erhoffte Ruhe trat nicht ein. 1977 erschienen "Die Alternative" von Bahro in der Bundesrepublik. Seine Analyse der Machtstrukturen der realsozialistischen Gesellschaft war nicht nur ein Akt des Widerstandes, er zeigte die Machtanmaßung des Parteiapparates. Verhaftung und Verurteilung lösten wie im Fall Biermann auch in der Bundesrepublik Solidaritätsaktionen aus.

Die SED verbat sich auch in diesem Fall die Einmischung von außen. In ihrer Wahrnehmung und Propaganda war Opposition Ergebnis „ideologischer Diversion“. Die SED ging von einem „ideologischen Klassenkampf“ zwischen West und Ost aus. Da die Verhältnisse in der sozialistischen Gesellschaft keine Opposition hervorbringen konnten, muss sie von außen herbeigeführt werden. Dies geschah durch „ideologische Diversion“ des westlichen „Imperialismus“, der gezielt durch die elektronischen Massenmedien versuchte, die „Einheit von Partei und Volk“ in den sozialistischen Gesellschaften zu unterminieren. Für die Bekämpfung dieser Zersetzung von außen war die Staatssicherheit zuständig. Für Jürgen Fuchs dagegen war die Solidarität mit

¹⁰ Erhart Neubert: Geschichte der Opposition in der DDR 1949- 1989, Bonn 1997, S. 220.

Biermann oder Bahro die erwünschte „Einmischung in eigene Angelegenheiten“.¹¹ Die DDR entließ Bahro relativ schnell aus der Haft und schob ihn in den Westen ab.

Der nächste Fall von „ideologischer Diversion“ mit großer internationaler publizistischer Wirkung ereignete sich im Januar 1978. „Der Spiegel“ veröffentlichte ein Manifest kritischer SED-Funktionäre. Der Autor des Textes war der Historiker der Humboldt-Universität Hermann von Berg, der sich zuvor mit anderen beraten hatte. Er diktierte ihn dem Spiegel-Korrespondenten Ulrich Schwarz. Das Manifest übte scharfe Kritik an den Zuständen, griff die Parteiführungen persönlich an, verlangte Reformen, die Öffnung der Mauer und mahnte die Beachtung der Menschenrechte in der DDR an.

Auch wenn es in der DDR nicht zur Gründung einer mit KOR oder der Charta 77 vergleichbaren Bürgerinitiative kann, entwickelten sich doch aus all diesen Aktivitäten Gruppen von Bürgerrechtlern, die einen Weg suchten, um die Verhältnisse in der DDR zu verändern.

VI. Der Kampf um den Frieden

Der sowjetische Einmarsch in Afghanistan 1979 führte zum Ende der Entspannungspolitik zwischen den Vereinigten Staaten, weitere Konflikte kamen hinzu: Der NATO-Doppelbeschluss als Antwort auf die sowjetische Vorrüstung im Bereich der Mittelstreckenraketen und die Gründung von Solidarnosc im Sommer 1980. In der Bundesrepublik entwickelte sich eine starke Friedensbewegung gegen den NATO-Doppelbeschluss, die von der SED unterstützt wurde. In der DLR selbst entstanden ebenfalls Friedensgruppen, die für eine Welt ohne Waffen eintraten. Wenige Monate vor seinem Tod ergriff Havemann noch einmal die Initiative. Zusammen mit dem Pfarrer Rainer Eppelmann publizierte er 1982 den „Berliner Appell“. Seine friedens- und deutschlandpolitische Konzeption stützte sich auf Havemanns Vorstellungen, „dass ein atomwaffenfreies und abgerüstetes Europa nur durch die Entmilitarisierung und Herauslösung beider deutscher Staaten aus der Blockkonfrontation zwischen NATO und Warschauer Pakt und durch die Überwindung der deutschen Teilung erreicht werden könnte.“¹² Die weltpolitischen Realitäten und die Interessen der Sowjetunion

¹¹ Jürgen Fuchs: Einmischung in eigene Angelegenheiten, Reinbek 1984.

¹² Werner Theuer: Berliner Appell 1982, in: Lexikon Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur, a.a.O., S. 73.

und der Vereinigten Staaten schlossen eine Neutralisierung Deutschlands aus. Der Appell war eine gesamtdeutsche Demonstration, die Frage von Krieg und Frieden betraf beide deutsche Staaten. Unterschriften für ihn wurden in der DDR und in der Bundesrepublik gesammelt. Die SED war in einem Dilemma, sie suchte den friedenspolitischen Dialog mit Intellektuellen und Künstlern aus dem Westen im Kampf gegen den NATO-Doppelbeschluss und war nun in der DDR mit einer eigenen Friedensbewegung konfrontiert, deren Unterdrückung das erste Ziel, eine breite Front gegen den NATO-Doppelbeschluss zu formieren, gefährden konnte. Die SED musste larvieren, klar war, die Initiatoren des Berliner Appell mussten isoliert werden. So geschah es bei dem Friedensforum, das u.a. mit Günter Grass am 13. Dezember 1981 in Ost-Berlin stattfand - in Polen wurde zeitgleich das Kriegsrecht verhängt. Stephan Hermlin hatte zu diesem Ost-West Treffen von Schriftstellern und Wissenschaftlern eingeladen. Er tat dies im Einverständnis, vielleicht sogar im Auftrag von SED-Politbüro-Mitglied Kurt Hager. Havemann fehlte bei dieser Zusammenkunft, Hermlin behauptete, er sei ebenfalls eingeladen worden. Dem widersprach Havemann: „tatsächlich hat Stefan Hermlin noch zwei Tage vor der Eröffnung des Treffens meiner Frau am Telefon erklärt, dass ich nicht eingeladen sei.“¹³

Nach der Stationierung der Raketen 1983, zerfiel in West und Ost die Friedensbewegung. Die Friedenskreise die sich in vielen Fällen unter dem Dach der evangelischen Kirche gebildet hatten, wandten sich in den nächsten Jahren anderen Fragen zu, wie z. B. der Umweltproblematik. 1986 wurde die Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM) gegründet . Die Gruppe verzichtete auf den Schutz der Kirche, sie trat offen als politische Opposition auf. Sie orientierte sich an den Erfahrungen der ostmitteleuropäischen Opposition und ihrer Programmatik. Im Mittelpunkt stand die Debatte um die Zivilgesellschaft, aus diesem Ziel wurde das eigene Vorgehen entwickelt. Die IFM forderte die Einhaltung geltender Gesetze und der Menschenrechte durch die DDR und prangerte deren Verletzung an. Die Gruppen nutzte bewusst die westlichen Medien, um durch Öffentlichkeit die kritisierten Missstände zur Sprache zu bringen. In Untergrund wurde eine eigene Zeitschrift, „Der Grenzfall“ publiziert. Die IFM verband die innere und äußere Friedensfähigkeit der DDR mit den Freiheitsrechten: "wer pausenlos vom Frieden der Völker spreche, so das Kredo der IFM, müsse sich erst

¹³ Manfred Wilke: Robert Havemann, in: Edmund Jacoby(Hrsg.): Lexikon linker Leitfiguren, Frankfurt/Wien 1989, S. 162.

einmal der eigenen Bevölkerung gegenüber friedlich verhalten.“¹⁴ In der Eingabe an den XI. Parteitag der SED 1986 forderte die IFM ein Forum für den innergesellschaftlichen Dialog, in der sich die Initiative für das Neue Forum und den Runden Tisch von Sommer/Herbst 1989 andeuten.“¹⁵ Es gelang der IFM und Gerd Poppe nicht, die Diskussionen in den verschiedenen Initiativen zu einer gemeinsamen Plattform zu verdichten. Die IFM wurde keine Charta 77 für die DDR. Nicht zu übersehen ist aber ihrer Rolle als „Trainingsfeld für oppositionelles Führungspersonal. Beim Aufbau der Oppositionsbewegungen, welche ab Sommer 1989 die Friedliche Revolution in der DDR vorantrieben, waren IFM-Akteure in fast allen Gründungsinitiativen vertreten, so der für das Neue Forum (Bärbel Bohley, Katja Havemann, Kathrin und Frank Eigenfeld, der S. D. P. (Stephan Hilsberg; Ibrahim Böhme alias IM Maximilian), Demokratie Jetzt (Ulrike Poppe und der Grünen Partei der DDR (Marianne Birthler).“¹⁶

Aus diesen Gruppen und Initiativen formierte sich im Sommer 1989 die Bürgerbewegung. Gemessen an den 17 Millionen Einwohnern der DDR, waren es wenige: das MfS registrierte 1989 „rund 2500 aktive Personen und 600 Führungskräfte“¹⁷, von ihnen hielt die Staatssicherheit 60 für unbelehrbare Feinde des Sozialismus. Im Herbst 1989 wandelte sich die Opposition in eine politische Gegenelite, die zum aktiven Widerstand gegen die Diktatur überging - mit Erfolg, wie sich zeigen sollte.

Dieser knappe Überblick über Stationen der Widerstands- und Oppositionsgeschichte wäre nicht vollständig ohne einen Blick auf die Bewertung dieser Opposition durch die amtliche Politik der Bundesrepublik zu werfen.

Am 22. September 1989 hieß es in einem Bericht der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin an das Bundeskanzleramt:

„Die DDR befindet sich in einer Krise, in der sie erstmals in ihrer Geschichte weitgehend isoliert ist. [...] Die oppositionellen Gruppen setzen sich zumeist aus intellektuellen

¹⁴ Hans Michael Kloth: Initiative Frieden und Menschenrechte, in: Lexikon Opposition und Widerstand in der SED - Diktatur, a.a.O., S. 185.

¹⁵ Ebenda.

¹⁶ Kloth, a.a.O., S. 186.

¹⁷ Bernd Eisenfeld: Aktionen und Reaktionen im Wandel- und Widerstand von 1961 bis zum Herbst 1989, in: Lexikon Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur, a.a.O., S. 31.

zusammen, die über wenig oder gar keine politische Erfahrung verfügen. [...] Eine Unterstützung oppositioneller Kräfte ist angesichts der Machtverhältnisse illusorisch.“¹⁸
So kann man sich irren.

¹⁸ Staatssekretär Bertele an den Chef des Bundeskanzleramtes, in: Hanns Jürgen Küsters/ Daniel Hofmann (Hrsg.): Deutsche Einheit, Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, München 1998, S. 413ff.